

Textliche Festsetzungen

In dem allgemeinen Wohngebiet sind gemäß § 12 Abs. 3a BauGB in Verbindung mit § 9 Abs. 2 BauGB nur solche Vorhaben zulässig, zu deren Durchführung sich der Vorhabenträger im Durchführungsvertrag verpflichtet.

1 Ver- und Entsorgung (§§ 9 Abs. 1 Nr. 14 BauGB)

1.1 Maßnahmen zur Rückhaltung, Versickerung und geregelten Ableitung des Oberflächenwassers:

- a) Das anfallende Niederschlagswasser im Plangebiet, das nicht versickert werden kann, ist z.B. in Stauraumkanälen oder anderen Retentionsanlagen zurückzuhalten und gedrosselt an die Regenwasserkanalisation abzugeben.
- b) Die Bemessung der Retentionsanlagen ist rechnerisch nachzuweisen. Im Ergebnis darf die maximale Abgabemenge von Niederschlagswasser aus dem Plangeltungsbereich an die Regenwasserkanalisation nach Abstimmung mit den Entwässerungsbetrieben 5 Liter pro Sekunde nicht überschreiten.
- c) Die Nutzung des Niederschlagswassers als Brauchwasser ist ausdrücklich zugelassen. Hiernach ist es dem Schmutzwassersammler zuzuführen.